

# RS Vfgh 2002/12/17 B1693/02

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 17.12.2002

## Index

10 Verfassungsrecht

10/07 Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof

## Norm

VfGG §85 Abs2 / Allg

VfGG §85 Abs2 / Vergabewesen

## Rechtssatz

Keine Folge

Abweisung des Antrags auf Erlassung einer einstweiligen Verfügung in einem Vergabeverfahren.

Voraussetzung für die Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung ist auch, dass sich die Beschwerde gegen einen Bescheid richtet, der im Zeitpunkt der Entscheidung über den Antrag überhaupt noch Rechtswirkungen entfaltet, die (vorläufig) aufgeschoben werden können. Dies ist hier nicht (mehr) der Fall: Wie der UVS des Landes Oberösterreich unter Vorlage des Bescheides dartut, ist nämlich mittlerweile in der Hauptsache, also über den Nachprüfungsantrag und den Antrag auf Nichtigkeitserklärung der Zuschlagsentscheidung selbst, eine (rechtskräftige) Entscheidung ergangen, die der Entscheidung über die beantragte einstweilige Verfügung, wie immer sie auch lautete, die rechtliche Wirksamkeit nimmt.

## Schlagworte

VfGH / Wirkung aufschiebende

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VFGH:2002:B1693.2002

## Dokumentnummer

JFR\_09978783\_02B01693\_01

**Quelle:** Verfassungsgerichtshof VfGH, <http://www.vfgh.gv.at>